

Beschlussvorlage

Amt:	Abteilung III	Datum:	09.06.2015
Bearbeiter:	Jörg Lorenz	Vorlage Nr.:	2015/651

Beratungsfolge	Status	Termin	Behandlung
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss Verwaltungsausschuss	Ö N		Vorberatung Entscheidung

Betreff:

Antrag der SPD-Fraktion auf Aufhebung der Zusatzbeschilderung "Landwirtschaftlicher Verkehr frei" sowie Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines runden Tisches

Schilderung der Sach- und Rechtslage

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Zusatzbeschilderung „Landwirtschaftlicher Verkehr frei“ (Zusatzbeschilderung 1026-36) bei Gemeindestraßen aufzuheben.

Gleichzeitig wird angeregt, einen Satzungsentwurf zu erarbeiten, so dass u.a.

Ausnahmegenehmigungen im Sinne des § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO zukünftig gebührenpflichtig werden.

Erreicht werden kann dies, wenn hierzu eine Satzung über die Erlaubnisse für Sondernutzungen Gemeindestraße und Ortsdurchfahrten auf Grundlage des § 18 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) erlassen wird.

Ergänzend ist hierzu eine Sondernutzungsgebührensatzung notwendig, in der definiert wird, in welchem Rahmen die Gebühren erhoben werden sollen.

Ergänzend hierzu beantragt die CDU-Fraktion die Einrichtung eines runden Tisches, in dem mit den betroffenen Personenkreisen Möglichkeiten erörtert werden, die die Belastung der Straßen reduzieren.

Finanzielle Auswirkungen

Ausgaben ergeben sich nur aus den Stunden der Mitarbeiter für den Abbau der Beschilderung; diese kann nicht verifiziert werden.

Hinsichtlich der Einnahmesituation kann von Einnahmen zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden, da die Gebührenhöhe erst im Rahmen der Satzungserarbeitung ermittelt werden kann.

Beschlussvorschlag

Es wird beschlossen,

1. eine Sondernutzungssatzung auf Grundlage des § 18 NStrG für die Sondernutzung von Gemeindestraßen im Hinblick auf Gewichtsbeschränkungen mit einer entsprechenden Gebührensatzung zu erarbeiten
2. einen Antrag an das zuständige Straßenverkehrsamt zu richten, die an den Gemeindestraßen befindlichen Zusatzbeschilderungen 1026-36 aufzuheben.
3. Einen runden Tisch einzurichten, bei dem Möglichkeiten zur Verbesserung der verkehrlichen Situation mit den Betroffenen erörtert werden.

Meinen
Bürgermeister
Anlagen

1. Antrag der SPD Fraktion auf Aufhebung ZS 1026-36
2. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines runden Tisches zum Thema Straßen